

BRAUNSCHWEIGER ZEITUNG

UNABHÄNGIG · NICHT PARTEIGEBUNDEN

DAS WETTER



RATGEBER

Unisex-Tarife:
Für alle wird's
wohl teurer



Mittwoch, 26. September 2012

Nr. 226 · 67. Jahrgang · 1,30 €

Ärger über Knöllchen in Braunschweig

Von Katja Dartsch

BRAUNSCHWEIG. Im östlichen Ringgebiet in Braunschweig war es noch nie einfach, einen Parkplatz zu finden. Großbaustellen verschärfen derzeit die Situation. Manch Anwohner wird aus Verzweiflung zum Parksünder. Doch auch am späten Abend drehen die Politessen ihre Runden – und verärgern mit ihren Strafmandaten die Anwohner, die meinen: Es sind schlichtweg zu wenig Parkplätze da.

Die Stadtverwaltung argumentiert: Kontrollen sind notwendig, damit Rettungs- und Fluchtwege nicht zugeparkt werden – und aus Rücksicht auf Senioren und Schulkinder.

Die 28 Braunschweiger Politessen haben im vorigen Jahr 140 000 „Knöllchen“ ausgestellt. ▶ **LOKALES**

Große Sprünge mit der Zeitung



Foto: Peter Sierigk

„Zukunft Bilden“ geht in die dritte Runde: 300 Auszubildende aus 36 Betrieben lesen ein Jahr lang täglich unsere Zeitung. Warum? Weil Studien zeigen, dass Lesen schlauer macht. Mehr dazu auf **BRAUNSCHWEIGER LAND**.

„Giftcocktail für die deutsche Wirtschaft“

BRAUNSCHWEIG. Thomas Mang, Präsident des Sparkassenverbands Niedersachsen, warnt vor den Folgen der geplanten Bankenunion in Europa. Es bestehe die Gefahr, dass das bewährte Sicherungssystem von Sparkassen und Genossenschaftsbanken ausgehöhlt wird, sagte er. Insbesondere die milliardenschweren Töpfe zur Sicherung der Kunden-Einlagen könnten von der EU angezapft werden. Mang: „Bankenunion – das klingt zunächst positiv. Für die deutsche Wirtschaft ist sie allerdings ein Giftcocktail.“ **wei**

▶ **LEITARTIKEL, WIRTSCHAFT**

120 Millionen Euro für Autoforschung in der Region

Erfolg für Forschungszentrum NFF – In Wolfsburg entsteht eine Forschungsfabrik

Von Marc Chmielewski und Christian Kerl

BERLIN. Für rund 120 Millionen Euro entsteht eine Forschungsfabrik in Wolfsburg. Unter Federführung des Niedersächsischen Forschungszentrums Fahrzeugtechnik (NFF) werden dort leichtere Autos entwickelt. Gestern erhielt das Projekt den Zuschlag für eine Bundesförderung.

Die Entscheidung einer Expertenjury gab gestern Bundesforschungsministerin Annette Schavan (CDU) in Berlin bekannt. Ihr Ressort fördert bundesweit zehn Forschungsprojekte, bei denen Wirtschaft und Wissenschaft langfristig kooperieren. Unterm Strich fließen dafür in den nächsten fünf Jahren mindestens 200 Millionen Euro.

Kern des Vorhabens in der Region: Unweit des VW-Werks in Wolfsburg entsteht ein Zentrum, in dem Leichtbau-Komponenten für die Autoindustrie entwickelt und gefertigt

werden. In der „Open Hybrid Lab-Factory“ sollen rund 200 Mitarbeiter forschen. Beteiligt an dem NFF-geführten Projekt sind 31 Partner aus Wissenschaft und Wirtschaft, darunter Volkswagen, BASF, die Salzgit-ter AG, das Deutsche Zentrum für

„Die Förderung der Forschungsfabrik ist kein Sahnehäubchen – es ist eine dicke Sahneschicht!“
TU-Präsident Jürgen Hesselbach



Luft- und Raumfahrt, Hochschulinstitute sowie mehrere kleine Unternehmen.

In den nächsten fünf Jahren wollen die Projektpartner 60 Millionen Euro in Anlagen und Gebäude stecken. Daran sind viele Projekte gekoppelt, für die in Summe aus verschiedenen Töpfen weitere 60 Millionen Euro fließen sollen. Die nun beschlossene Bundesförderung trägt zu diesen insgesamt 120 Millionen

etwa 20 Millionen bei. Das Geld kommt aus dem Fördertopf „Forschungscampus – öffentlich-private Partnerschaft für Innovationen“.

Jury-Chef Henning Kagermann sagte unserer Zeitung, ein Grund für den Zuschlag für unsere Region seien die hohen Investitionszusagen von Volkswagen gewesen.

Mit Oberklasse-Autos aus leichter Kohlefaser experimentiert bisher vor allem BMW. „Uns geht

es dagegen um die Großserienfertigung“, betont Professor Jürgen Hesselbach, Präsident der TU Braunschweig, die wiederum das NFF steuert. Mit der Forschungsfabrik geht das NFF nach der Grundsteinlegung für den Neubau am Forschungsflughafen einen weiteren großen Schritt nach vorn. „Das ist kein Sahnehäubchen“, sagt Hesselbach. „Es ist eine dicke Sahneschicht.“ ▶ **HINTERGRUND**

LOKALES



Heute mit Coupon für die Ladies-Night mit Meryl Streep

SPORT



Bei Bayern München gab es für den VfL Wolfsburg gestern Abend eine 0:3-Niederlage.

Fußball-Bundesliga

Frankfurt – Dortmund	3:3
Schalke – Mainz	3:0
Greuter Fürth – Düsseldorf	0:2

THEMA DES TAGES

Obama droht Teheran
Der US-Präsident hat einen atomar aufgerüsteten Iran als inakzeptabel bezeichnet.

WIRTSCHAFT

80 Prozent lesen Zeitung
Laut einer aktuellen Studie erreichen Print- und Online-Ausgaben 55,7 Millionen Deutsche.

KULTUR

Lady Gagas gruselige Show
Die Pop-Diva zog ihr Konzert in Hannovers Tui-Arena rund um eine dunkle Burgkulisse auf.

Reden
Sie mit!
Haben Sie Angst um Ihr Erspartes?
www.braunschweiger-zeitung.de

AUCH DAS NOCH

Ein Taxi hätte sich gelohnt

Erst gab sie ihren Führerschein wegen Fahruntüchtigkeit bei der Behörde ab – dann fuhr eine 83-jährige Frau aus Regensburg seelenruhig mit ihrem Wagen nach Hause. Sie war aufgefordert worden, ihre Fahrerlaubnis abzugeben, nachdem sie mehrfach gegen die Verkehrsregeln verstoßen hatte. Die illegale Heimfahrt von der Führerscheinstelle fiel übrigens einer Mitarbeiterin auf, welche die Polizei anrief. Nun gibt es eine Anzeige für die alte Dame.

Asse-Zwischenlager soll sofort gebaut werden

Experten wollen Endlager-Erkundung nicht abwarten

Von Uwe Hildebrandt

REMLINGEN. Ein Zwischenlager für atomare Abfälle und ein Schacht zur Atommüllbergung sollen in der Asse schnellstmöglich errichtet werden – und zwar unabhängig von der endgültigen Klärung der Frage, ob sich der Müll noch bergen lässt.

Diesen Vorschlag unterbreiteten Experten bei einer zweitägigen Tagung des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS) mit 110 Teilnehmern. Das BfS stellte die Resultate gestern Abend in der Wolfenbütteler Lindenhalle vor. Derzeit dürften das

Zwischenlager und der Schacht erst gebaut werden, wenn die im Juni gestartete Erkundung zeigt, dass eine Bergung aus dem maroden Endlager noch möglich ist. Doch die Erkundung wird sich jahrelang hinziehen.

Wird parallel gebaut und erkundet, könnte das beim Zwischenlager eine Zeitersparnis von 10 Jahren bringen. Das Risiko: Millioneninvestitionen, die nie genutzt werden. Im Mai war ein Zeitplan bekanntgeworden, wonach die Bergung erst 2036 beginnen könnte. Dieses Szenario will das BfS abwenden. ▶ **MEINUNG, BRAUNSCHWEIGER LAND**

Anzeige

Schadstoffgeprüft. Ausgeschlafen.
Hüsler Nest. **NEU**

HÜSLER NEST Schweizer Schlafkultur seit 1982
ECO INSTITUT TESTED PRODUCT
schadstoffgeprüft • Schweizer Qualitätsprodukt • 10 Jahre Garantie • KBA und KBT.

Mitten in Braunschweig
Gördelingerstraße 6–7
(gegenüber Karstadt)
Tel. 05 31-24 38 90
www.sander-einrichtungen.de

SANDER
EINRICHTUNGEN



Forschungsregion Millionen für Leichtbau

Für 120 Millionen Euro soll in Wolfsburg eine Forschungsfabrik entstehen. Ihr Ziel: Leichtbautechnik für die Serienproduktion von Autos entwickeln. Gestern gewann die Initiative aus Wirtschaft und Wissenschaft einen Wettbewerb um Fördermillionen aus dem Forschungsministerium.

„Das gibt der Region den Superschub“

Eine Woche nach der NFF-Grundsteinlegung am Forschungsflughafen jubeln hiesige Wissenschaftler erneut

Von Marc Chmielewski

Der Ritterschlag durch die Jury des Forschungsministeriums kam gestern Vormittag. Als eines von nur zehn Projekten in Deutschland wird eine Leichtbau-Forschungsfabrik in unserer Region mit Millionen gefördert.

Am Abend feierten die Beteiligten ihren Coup bei einem Sekt-Umtrunk im Institut für Füge- und Schweißtechnik (IFS) der TU Braunschweig: Hausherr Professor Klaus Dilger, der für das Niedersächsische Forschungszentrum Fahrzeugtechnik (NFF) die Bewerbung koordiniert hat, TU-Präsident Jürgen Hesselbach, Niedersachsens Wissenschaftsministerin Johanna Wanka, VW-Chefforscher Jürgen Lehold und andere.

„Uns geht es um die Demokratisierung des Leichtbaus“, sagt Fabian Fischer vom IFS. Er meint: Nicht nur hochpreisige Luxuskarossen sollen dank neuer Werkstoffe und Techniken abspecken, sondern irgendwann auch Massenprodukte wie etwa der Golf. „Bisher ist das schlicht zu teuer. Wir wollen erforschen, wie es günstiger geht.“

Professor Klaus Dilger nennt Beispiele, was das konkret bedeutet: „Wir werden Kohlefasern herstellen und dabei neue chemische Methoden testen. Die Fasern kombinieren wir mit neuartigen Kunststoffen. Unser Ziel ist es, dass in einem Schritt umgeformt, gepresst und gefügt wird – ein Takt, ein Teil.“ Nur so wäre eine Großserienproduktion realistisch.



So stellen sich die Architekten die „Open Hybrid LabFactory“ in Wolfsburg vor: Blick von der Heinrich-Nordhoff-Straße, die grauen Blöcke hinten rechts sind Werkhallen von VW. Grafik: khs architekten

„Das ist ein extrem wichtiges Zukunftsthema“, sagt TU-Präsident Hesselbach. „Wenn Sie klassische Autos mit Verbrennungsmotor sparsamer oder Elektroautos marktreif machen wollen, müssen Sie deren Gewicht reduzieren – und das machen wir jetzt hier.“ Hesselbach betont, dass Niedersachsen bisher in der Hightech-Strategie der Bundesregierung kaum vorkommt. Das Geld für Exzellenz-Initiative und Spitzencluster fließt vor allem in

den Süden Deutschlands. Für die dritte Säule der Hightech-Förderung, den „Forschungscampus“, habe es drei Bewerber aus Niedersachsen gegeben. „Nur wir sind durchgekommen“, frohlockt Hesselbach.

Die Forschungsfabrik mit dem sperrigen Namen „Open Hybrid LabFactory“ soll 7000 Quadratmeter groß sein und im Jahr 2014 fertiggestellt werden. Bereits in diesen Tagen beginnen mehrere Projekte, die das spätere Innenleben der For-

schungsfabrik vorbereiten. „Als nächstes müssen sich die Partner zusammensetzen und die Verträge abstimmen“, sagt Klaus Dilger. Das wird extrem kompliziert. Alle Projektpartner forschen gemeinsam, aber jeder erhofft sich von seinem Engagement natürlich einen Nutzen. Wem gehören also Patente, die in der Forschungsfabrik geboren werden? Über solche Fragen werden die Kooperationspartner sich in den nächsten Monaten einig sein müssen.

Stimmen

Professor Jürgen Hesselbach, Präsident der TU Braunschweig: „Die Förderung durch den Bund ist nicht nur ein Sahnehäubchen für unser Forschungszentrum NFF – es ist eine dicke Sahneschicht! Leichtbautechnik in der Großserie – das ist eine der wichtigsten Herausforderungen in der Automobiltechnik. Dass wir hier in der Region dazu nun einen Forschungsschwerpunkt haben, bedeutet einen Superschub.“



Professor Jürgen Lehold, Leiter der VW-Konzernforschung: „Für die Großserie ist Leichtbau nicht alleine mit teuren Leichtbauwerkstoffen realisierbar. Für den Erfolg am Markt ist vielmehr ein intelligenter Multi-Material-Mix erforderlich, der neue großserientaugliche Fertigungsverfahren ermöglicht. Mit unseren Partnern entwickeln wir in der Open Hybrid LabFactory Komponenten, bei denen integrierte Hybridstrukturen aus Kunststoff, Metall und Hochleistungsfasern in nur einem Fertigungsschritt entstehen.“



Niedersachsens Ministerpräsident David McAllister (CDU): „Die Forschungsfabrik ist ein großartiger Erfolg für Niedersachsen. Damit wird die Position einer der forschungsintensivsten Regionen Europas weiter gestärkt. Mobilitätsforschung sichert die Zukunft tausender Arbeitsplätze in der heimischen Automobilindustrie.“



TU-Professor Klaus Dilger, NFF-Koordinator für die Bewerbung: „Erst bei Bekanntgabe der Wettbewerbsgewinner ist uns richtig bewusst geworden, wie groß diese Sache ist: Gefördert wird etwa der Kampf gegen Krebs und Alzheimer, große Themen der Menschheit also – und wir!“



Wissenschaft und Wirtschaft sollen an einem Strang ziehen

Bundesforschungsministerin Annette Schavan (CDU) verspricht zehn Projekten insgesamt 200 Millionen Euro

Von Christian Kerl

Für Forschungsministerin Annette Schavan ist es ein völlig neues Kapitel ihrer „Hightech-Strategie“: Mit dem „Forschungscampus“ unterstützt der Bund erstmals über die lange Zeit von 10 bis 15 Jahren Kooperationen von Wissenschaft und Wirtschaft bei anspruchsvollen Forschungsthemen, meinte sie bei der Bekanntgabe der Wettbewerbs-Gewinner.

Die Idee: Die Partner sollen sich an einem Ort, etwa am Cam-

pus einer beteiligten Hochschule, gemeinsam und langfristig einem Projekt widmen. Die Förderung des Bundes ist mit 20 bis 30 Millionen Euro pro Forschungscampus vergleichsweise üppig, das Interesse war entsprechend groß: Über 90 regionale Kooperationen von Hochschulen und Unternehmen hatten sich beworben.

Erfolg hatten aber nur die, bei denen die Partner sich vertrauten, auf Augenhöhe agierten und wirklich ein gemeinsames Thema hatten, erklärte die Jury. So wie der neue

Wolfsburger Forschungscampus. Jury-Chef Henning Kagermann sagte unserer Zeitung, das Thema Leichtbau in der Autoindustrie werde ein großes Thema. „Bisher spielt das nur im Premiumsegment eine Rolle. Es ist sehr gut, dass Volkswagen als Massenhersteller das jetzt anpackt.“

Dass VW auch substanzielle Eigenmittel in das Projekt investiere, sei für die Jury durchaus ein Kriterium gewesen, sagte Kagermann. Auch zwei weitere der zehn Gewinner-Projekte wurzeln in der Autoindustrie: In Stuttgart forschen

Daimler, BASF, Bosch und Hochschulen an Verbundwerkstoffen, in Berlin zielt ein Projekt auf die Verbindung von Elektromobilität und Energieversorgung in der Stadt.

Ein zweiter Campus in Berlin verfolgt Visionen vernetzten Lebens etwa im eigenen Heim. Weitere Vorhaben: In Jena wird an schnellen Nachweisen von Infektionserregern gearbeitet, in Heidelberg an neuen Krebstherapien. Eine Forschungskoperation in Magdeburg widmet sich bildgeführten Operationsmethoden.

Gorleben-Streit: Opposition wirft Merkel Täuschung vor

Morgen wird die Kanzlerin als letzte Zeugin vom Gorleben-Untersuchungsausschuss befragt - zu ihrer Rolle als frühere Umweltministerin

Von Christian Kerl

Eine Fernsehübertragung hat die Koalition abgelehnt, spektakulär wird die Sitzung trotzdem: Morgen wird Bundeskanzlerin Angela Merkel als Zeugin vor dem Gorleben-Untersuchungsausschuss des Bundestags befragt. Zum Abschluss der Untersuchungen will die Opposition nachweisen, dass die CDU-Politikerin als Umweltministerin von 1994 bis 1998 politisch Einfluss genommen zugunsten der alleinigen Weitererkundung des umstrittenen Standorts Gorleben für ein Atom-Endlager.

Die zeitliche Nähe zum Wahlkampf ist kein Zufall, weshalb die Koalition Merckels Vorladung als „Theater“ kritisiert. Doch SPD, Grüne und Linke erheben durchaus gravierende Vorwürfe: Zum einen geht es darum, dass Merkel sich 1995 erneut auf den Standort Gorleben als „erste Wahl“ festlegte - und sich da-

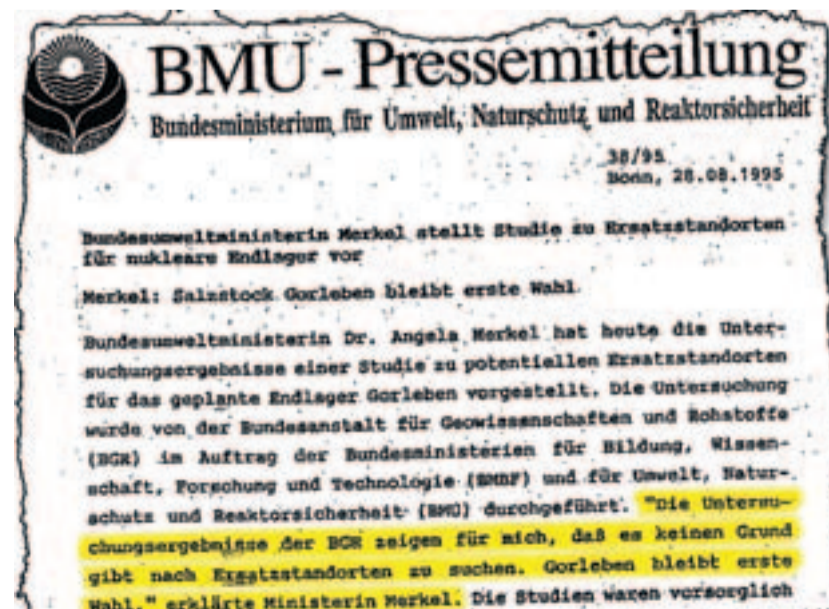
bei auf eine Studie der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe berief (siehe Ausriss rechts). Aber, moniert die Opposition: Diese Studie hatte zwar 41 potenzielle Ersatzstandorte unter die Lupe genommen und vier davon als „potenziell untersuchungswürdig“ klassifiziert - ausgerechnet Gorleben wurde aber gar nicht untersucht.

Im Ausschuss hatte ein Geologe Anfang des Jahres erklärt, wäre Gorleben damals untersucht worden, wäre es als Standort durchgefallen. „Angela Merkel hat die Öffentlichkeit bewusst getäuscht“, sagt die Wolfsburger Linken-Abgeordnete Dorothee Menzner. Ihr CDU-Gegenpart Reinhard Grindel meint dagegen, die Studie habe ausdrücklich mögliche Alternativen für den Fall einer Nichteignung Gorlebens erarbeiten sollen. Es habe sich gezeigt, dass kein Standort Gorleben überlegen gewesen sei.

Der zweite Vorwurf: Merkel soll

dafür gesorgt haben, dass das Erkundungskonzept geändert wird. Dem Bund standen entscheidende Flächen für die untertägige Untersuchung nicht zur Verfügung, weil ihm die Salzrechte fehlten. Deshalb wurde 1997 beschlossen, dass nur noch ein Teil erkundet wird, was aus Sicht der Kritiker erhebliche Risiken bedeutete. „Merkel hat bei der Gorleben-Erkundung bewusst Risiken und Abstriche bei der Sicherheit in Kauf genommen“, sagt die Grünen-Atomexpertin Sylvia Kotting-Uhl.

Die Kanzlerin will im Ausschuss darlegen, dass sich seinerzeit vor allem die süddeutschen Länder gegen eine Erkundung von Alternativen gesperrt haben. Schon vor ihrem Auftritt hält die Opposition den Beweis für erbracht, dass Gorleben gegen den Rat von Experten aus politischen Gründen durchgesetzt wurde. Union und FDP meinen dagegen, dieser Vorwurf sei „klar widerlegt“ worden.



Mit dieser Pressemitteilung hat sich die damalige Bundesumweltministerin Angela Merkel 1995 zur alleinigen Erkundung von Gorleben bekannt - wider besseres Wissen, behauptet jetzt die Opposition im Bundestag.